

Die öffentliche Meinung

Thomas Petersen

„Denkpause“ lautete die Parole, die die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union im Juni 2005 ausgaben, nachdem die Referenden in Frankreich und den Niederlanden über die europäische Verfassung gescheitert waren. Ein Jahr lang sollten keine weiteren Schritte zur europäischen Integration forciert und stattdessen in Ruhe überlegt werden, wie die Union aus der verfahrenen Lage wieder würde herausfinden können, ohne dass die Europäische Integration als Ganzes Schaden nimmt. Dieser Beschluss führte in den darauf folgenden Monaten nicht dazu, dass die möglichen Auswege aus der europäischen Krise intensiv öffentlich diskutiert wurden, sondern dass das Thema aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit geriet. Daniel Göler und Matthias Jopp zitieren in einem Aufsatz in der Fachzeitschrift „Integration“ in diesem Zusammenhang ein im Europaparlament kursierendes Bonmot, wonach „Denkpause“ „Pause vom Denken“ bedeute.¹

Dass die Frage nach den weiteren Schritten der europäischen Integration in Deutschland in den letzten Monaten so wenig Aufmerksamkeit fand, ist wahrscheinlich auch mit den innenpolitischen Ereignissen des Jahres 2005 verknüpft. Der unmittelbar nach den Referenden einsetzende Bundestagswahlkampf bot nur wenig Raum für eine europapolitische Diskussion. Zumal es in dieser Frage eine größere Einigkeit zwischen den großen politischen Parteien in Deutschland gibt als bei den meisten anderen zentralen politischen Themen. Doch dass der Bundestagswahlkampf kaum Raum für europapolitische Diskussionen bot, ist auch ein Symptom für den geringen Stellenwert, den das Ziel der europäischen Einigung mittlerweile bei der deutschen Bevölkerung einnimmt. Wie sehr sich die Haltung zu diesem Thema in den letzten Jahrzehnten verändert hat, wird deutlich, wenn man die heutigen Reaktionen der Deutschen mit den Antworten der Befragten in Umfragen aus den frühen Jahren der Bundesrepublik Deutschland vergleicht. In der allerersten Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach, einer Repräsentativbefragung von Schülern und Studenten im Jahr 1947, wurde gefragt: „Wären Sie, wenn jetzt über die Vereinigten Staaten von Europa abgestimmt würde, dafür oder dagegen oder wäre Ihnen das gleichgültig?“ 50% der Befragten antworteten, sie würden bei einer solchen Abstimmung für die „Vereinigten Staaten von Europa“ stimmen.² Bald darauf stieg die Zustimmung zur Idee der „Vereinigten Staaten von Europa“ sogar auf bis zu 80%.³ Vom Februar 1953 bis zum März 1979 fragte das Allensbacher Institut insgesamt siebenmal „Glauben Sie, Sie werden es noch erleben, dass sich die westeuropäischen Länder zu den Vereinigten Staaten von Europa zusammenschließen?“ 1953 meinten 41% der Befragten, sie glaubten, sie würden dies noch erleben, nur 29% widersprachen ausdrücklich,⁴ 1979 hatten sich die Verhältnisse bereits umgekehrt. 31% glaubten daran, dass sie den Zusammenschluss der westeuropäischen Staaten noch selbst

1 Daniel Göler/Matthias Jopp: Die europäische Verfassungskrise und die Strategie des „langen Atems“, in: *Integration* 29, 2006, S. 91-105. Dort S. 91.

2 Allensbacher Archiv, IfD-Bericht Nr. 7.

3 Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 087, 1001, 1059, 2028.

4 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 159.

erleben würden, 50% meinten, das werde zu ihrer Lebenszeit nicht mehr geschehen.⁵ Danach wurde die Frage nicht mehr gestellt, sie erschien nicht mehr zeitgemäß.

Man erkennt, dass es sich bei der Abwendung der deutschen Bevölkerung vom Ideal des vereinten Europa um einen schleichenden Prozess handelt, der sich umso mehr fortsetzte, je weiter die europäische Integration voranschritt. Je mehr das Wunschbild von der Einheit Europas Wirklichkeit wurde, desto alltäglicher und komplizierter erschien auch der Integrationsprozess. Die Grundsatzfragen gerieten in den Hintergrund, und stattdessen gewannen Alltagsprobleme an Bedeutung, Fischereifangquoten, Landwirtschaftssubventionen, Beitragszahlungen der Mitgliederländer. Die derzeitige Situation ist also – zumindest in Deutschland – nicht als die Folge einzelner politischer Fehlentscheidungen anzusehen, sondern das Ergebnis einer sich über Jahrzehnte hinziehenden Entwicklung.

Heute ist die Haltung der Deutschen gegenüber der Europäischen Union von einer eher skeptischen Grundhaltung, vor allem aber von weitgehender Gleichgültigkeit geprägt. Auf die Frage „Wenn Sie morgen in der Zeitung lesen würden, die Europäische Kommission wird abgeschafft: Würden Sie das begrüßen, bedauern oder wäre Ihnen das egal?“ antworteten im Mai 2006 16% der Befragten einer Allensbacher Umfrage, sie würden die Nachricht begrüßen, 34% meinten, sie würden sie bedauern. 50% sagten, das wäre ihnen egal oder äußerten sich unentschieden. Nahezu das gleiche Ergebnis erhält man, wenn man statt nach der Europäischen Kommission nach dem Europaparlament fragt. Hier sagen 15%, sie würden die Abschaffung begrüßen, 39% würden sie bedauern, 46% äußern sich desinteressiert.⁶

Bemerkenswerterweise ist es nicht, wie oft angenommen wird, die ältere Generation, die sich gegenüber der europäischen Einigung besonders gleichgültig zeigt, sondern die jüngste Generation der unter 30jährigen. Man kann oft hören, dass die junge Generation in einem gesellschaftlichen Klima aufgewachsen sei, in dem die Europäische Einigung selbstverständlich war, und dass sie von den Vorteilen des geeinten Europa – freier Reiseverkehr, Schüler- und Studentenaustausche – so sehr profitiert habe, dass sie sich dadurch in besonderer Weise dem Einigungsgedanken gegenüber verpflichtet fühlen müsste. Schließlich stünden ihr durch vielfältige persönliche Kontakte die anderen europäischen Länder näher als das bei der Eltern- und Großelterngeneration der Fall sei. Doch das Gegenteil ist der Fall. Auf die Frage „Wie sehr interessieren Sie sich ganz allgemein für die Europäische Einheit, würden Sie sagen sehr, etwas oder gar nicht?“ antwortet die Bevölkerung insgesamt mit äußerst mäßigem Enthusiasmus: 16% sagen, dass sie die Europäische Einigung „sehr“ interessiere. Fast zwei Drittel, 61%, zeigen sich immerhin noch „etwas“ interessiert, 18% meinen, das Thema interessiere sie gar nicht. Bei den unter 30jährigen fallen die Antworten noch einmal deutlich zurückhaltender aus. Von ihnen sagen nur 10%, dass sie das Thema „sehr“ interessiere, jeder vierte winkt ab und zeigt sich gänzlich desinteressiert. Wesentlich engagierter zeigt sich da die Generation der 60jährigen und älteren. Sie sagen immerhin zu 21%, das Thema der europäischen Einigung interessiere sie „sehr“, nur 13% interessieren sich gar nicht dafür.

Warum ist ausgerechnet die junge Generation, die im sich vereinigenden Europa aufgewachsen ist, so wenig für dieses Thema ansprechbar? Eine plausible Antwort auf diese Frage gab der österreichische Bundeskanzler Wolfgang Schüssel im Juni 2006 in einem Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. „Europa“, sagte er, „muss jedes Mal neu begründet werden. Die Leute sind süchtig nach einer anderen Form der Vermittlung Europas. Sie wollen nicht mit Methodendiskussionen und Verfahrensstreitigkeiten gelang-

5 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 3066.

6 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 7089.

weilt werden, sondern sie wollen die Kernbotschaft Europas vermittelt bekommen. Das ist vor allem und nach wie vor die Friedensbotschaft. Gehen Sie auf einen Dorffriedhof, schauen Sie sich die Gräber aus den Weltkrieg an, und Sie wissen, was ich meine. Diese Botschaft ist nicht mehr selbstverständlich, und die Jungen kennen sie nicht mehr. Europa darf sich nicht nur wirtschaftlich begründen. Europa war früher ein Herzthema: Nie wieder Krieg! Heute ist es ein Kopfthema, oder es ist heruntergerutscht zum Portemonnaie: Was nützt mir das? Was habe ich davon? Das ist tödlich.⁷ Die Einschätzung Schüssels wird von den Umfragen des Allensbacher Instituts gestützt. Es besteht die Gefahr, dass die Emotion aus dem Thema Europa gänzlich verschwindet.

Die Reaktion auf die Verfassungsreferenden

Wie sehr die Europabegeisterung, die die Deutschen in früheren Jahrzehnten ausgezeichnet hat, inzwischen eingeschlafen ist, ist auch erkennbar an ihren Reaktionen auf das Scheitern der Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden im vergangenen Jahr. Die Nachricht selbst hat die Mehrheit der Deutschen durchaus erreicht. 70% sagen heute, sie hätten schon von den Volksabstimmungen und ihrem Ergebnis gehört. Doch obwohl man annehmen kann, dass zumindest einem beträchtlichen Teil der Bevölkerung die Tragweite dieses Ereignisses zumindest in Ansätzen bewusst ist, erhält man auf die Nachfrage „Und waren Sie enttäuscht oder erleichtert oder war Ihnen das egal?“ die gleichen von Desinteresse gekennzeichneten Antworten wie auf allgemeiner formulierte Fragen zur europäischen Union. Gerade 25% der Befragten sagen, sie seien von dem Ergebnis enttäuscht, 19% äußern sich erleichtert, eine Mehrheit von 55% sagt, das sei ihr egal oder äußert sich unentschieden.⁸ Grundsätzlich befürwortet eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung die Europäische Verfassung, wie sich in den Allensbacher Umfragen der letzten Jahre wiederholt gezeigt hat. Daran hat sich auch heute nichts geändert, das zeigen die Antworten auf die Frage, ob man dennoch, trotz der Ablehnung des Verfassungsentwurfs durch die Franzosen und Niederländer, versuchen sollte, zu einer gemeinsamen Europäischen Verfassung zu kommen. 60% befürworten diese Idee, nur 21% sprechen sich ausdrücklich dagegen aus und sagen, einen solchen Versuch sollte man besser nicht unternehmen.⁹ Doch Diskussionen darüber, wie der Verfassungsvertrag gerettet, modifiziert oder durch ein anderes Dokument ersetzt werden könnte,¹⁰ gehen – zumindest vorläufig – an der deutschen Bevölkerung vorbei. Das Thema ist den meisten nicht wichtig genug, als dass es sich aus ihrer Sicht lohnen würde, intensiver darüber nachzudenken.

In dieser Atmosphäre der lähmenden Gleichgültigkeit erscheint auch das Gesamtbild der Europäischen Integration bei der deutschen Bevölkerung gegenüber den Vorjahren wie eingefroren zu sein. Obwohl das Scheitern der Verfassungsreferenden im vergangenen Jahr einen erheblichen Rückschlag im Integrationsprozess bedeutet, haben sich die Antworten auf die Frage „Wie rasch sollte die Entwicklung zu einem vereinten Europa sein? Schneller oder langsamer oder weiter wie bisher?“ gegenüber der Zeit vor den Referenden bemerkenswert wenig verändert. 42% der Deutschen sagten im Frühjahr 2006, sie seien dafür, dass die Vereinigung langsamer als bisher vonstatten geht. Das waren nur 8% weniger als im Mai 2005 und fast gleich viele wie im Jahr 2004, als 44% der Befragten diese

7 „Die Kernbotschaft Europas finden Sie auf jedem Dorffriedhof“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. Juni 2006, S. 4.

8 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 7089.

9 Ebenda.

10 Vgl. Göler/Jopp 2006, S. 93-104.

Position vertraten. Nur 11% wünschen sich 2006 ein schnelleres Tempo, im Vorjahr waren es 10%.¹¹ Es hat den Anschein, als sei die Einstellung der Befragten nach wie vor von dem vagen Gefühl des Unbehagens über die Art und Weise, wie die Europäische Einigung vorangetrieben wird, dominiert. Um dies zu verstehen, muss man sich vor Augen halten, dass die Osterweiterung der EU im Jahr 2004 gegen den Willen der Mehrheit der Deutschen stattfand,¹² und dass nach wie vor eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung einen Beitritt der Türkei zur EU ablehnt.¹³ Solange diese Aspekte der Europäischen Einigung die Wahrnehmung der Bevölkerung prägen, ist für einen großen Teil der Deutschen auch eine Einigung, die fast zum Stillstand gekommen ist, noch zu schnell.

Nur in einer Hinsicht hat sich die Wahrnehmung Europas durch die Bevölkerung im letzten Jahr deutlich verändert. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten scheint ein größerer Teil der Bevölkerung daran zu zweifeln, dass die europäische Integration ein Projekt mit Zukunft ist. Dies wird deutlich an den Ergebnissen eines Assoziationstests, bei dem den Befragten verschiedene Begriffe vorgelesen wurden mit der Bitte, bei jedem der Begriffe anzugeben, ob man ihrer Ansicht nach bei dem Stichwort Europa daran denken könne. Bei „Europa“ könne man an „Vielfalt“ denken, meinten im Frühjahr 2006 84% der Befragten, 1994 waren es 80%. „Bürokratie“ verbinden 80% der Deutschen mit dem Stichwort Europa, auch an dieser Antwort hat sich im Verlauf des letzten Jahrzehnts nichts Wesentliches geändert. Dagegen sagten nur noch 62%, bei „Europa“ könne man an „Zukunft“ denken. Im vorangegangenen Jahr gaben noch 75% diese Antwort. Ein derart starker Rückgang der Angaben um 13 Prozentpunkte innerhalb eines Jahres ist bei dieser Trendfrage äußerst ungewöhnlich und nicht als Zufall zu erklären. Zwar ist es noch immer eine deutliche Mehrheit der Deutschen, die dem europäischen Projekt Zukunft bescheinigt, doch der Vertrauensverlust, den die Ereignisse des vergangenen Jahres angerichtet haben, ist unübersehbar (siehe Grafik 1)



11 Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 7055, 7070, 7089.

12 Vgl. Thomas Petersen: Die öffentliche Meinung, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2003/2004. Baden-Baden: Nomos 2004, S. 299-304. Dort S. 299-302.

13 Vgl. Thomas Petersen: Die öffentliche Meinung, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2005. Baden-Baden: Nomos 2005, S. 293-298. Dort S. 295-297.

Die Identität Europas

Paradoxerweise könnte ausgerechnet die Auseinandersetzung um einen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union zu einer Wiederbelebung des europäischen Gedankens in der Bevölkerung beitragen. Dass der Gedanke einer Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union der überwältigenden Mehrheit der deutschen Bevölkerung unverändert inakzeptabel erscheint, liegt mit hoher Wahrscheinlichkeit unter anderem in dem historischen Gegensatz zwischen Abend- und Morgenland und, damit verbunden, mit dem Gegensatz zwischen Islam und Christentum begründet.¹⁴ Heute sagen noch 8% der Deutschen, ihrer Ansicht nach sollte die Türkei Mitglied der Europäischen Union werden.¹⁵

Die zunehmende Furcht der Bevölkerung vor islamischen Extremisten hat in den letzten Jahren dazu geführt, dass das Gefühl der Fremdheit gegenüber dem Islam noch zusätzlich gewachsen ist. Auf die Frage „Was meinen Sie: Können Christentum und Islam friedlich nebeneinander existieren, oder sind diese Religionen zu verschieden, wird es deshalb immer wieder zu schweren Konflikten kommen?“ antworten heute 61% der Befragten, sie glaubten, es werde immer wieder schwere Konflikte zwischen Islam und Christentum geben. Formuliert man die Frage etwas konkreter und fragt, ob es in Zukunft zu Konflikten zwischen der westlichen und der arabisch-muslimischen Kultur kommen werde, ändern sich die Antworten kaum. In diesem Fall sagen 55%, sie rechneten mit solchen Konflikten. 91% der Befragten sagten im Mai 2006, sie dächten bei dem Stichwort Islam an die Benachteiligung von Frauen, im Jahr 2004 waren es 85% gewesen. Die Aussage, der Islam sei von Fanatismus geprägt, stieg in der gleichen Zeit von 75 auf 83%, er sei rückwärtsgerichtet sagen heute 62 im Vergleich zu 49%, er sei intolerant meinen 71 gegenüber 66%, und die Ansicht, der Islam sei undemokratisch, hat in den vergangenen zwei Jahren von 52 auf 60% zugenommen. Die Eigenschaft Friedfertigkeit weisen dem Islam gerade 8% der Deutschen zu.¹⁶

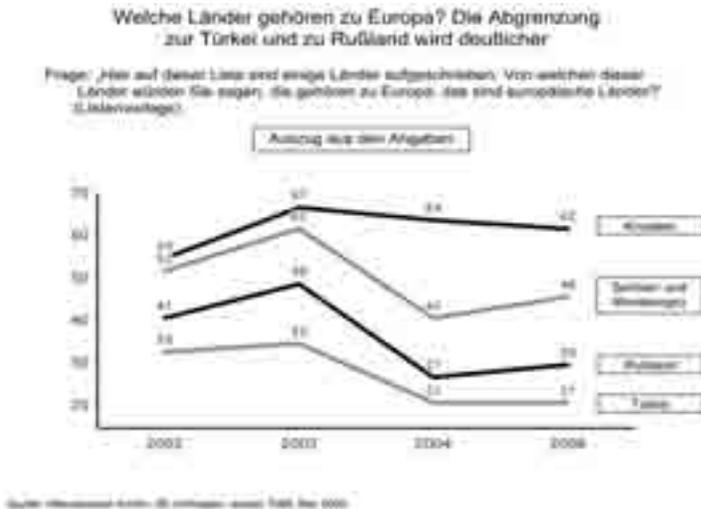
Interessant ist nun, dass sich vor diesem Hintergrund das Bild des Christentums deutlich zum positiven verändert hat. Das Christentum sei von Nächstenliebe geprägt, meinen heute 80%, 71% denken beim Stichwort Christentum an die Achtung der Menschenrechte, ebenso viele an Wohltätigkeit. 65% bescheinigen ihm Friedfertigkeit, immerhin 42% Toleranz und 36% Selbstbewusstsein. Alle diese Eigenschaften werden dem Christentum heute deutlich häufiger zugeordnet als noch im Jahr 2004, und zwar ohne, dass der Anteil der gläubigen Christen an der deutschen Bevölkerung zugenommen hätte. Man erkennt die Muster der Polarisierung. Der Graben zwischen dem eigenen Lager und „den anderen“ wird tiefer, das bedeutet aber auch, dass die Bevölkerung klarere Vorstellungen von der eigenen kulturellen und damit auch der eigenen europäischen Identität entwickelt. Das Europabild der Deutschen, das sich durch diesen kulturellen Konflikt abzeichnet, entspricht nicht dem philosophischen Gedanken eines vor allem durch die Werte der Aufklärung geprägten, nicht hauptsächlich geographisch oder religiös definierten Europa, doch es gibt den lange Zeit diffusen Vorstellungen von den Eigenarten und Grenzen Europas schärfere Konturen. Dementsprechend äußert sich die Bevölkerung heute auch dezidierter als noch vor drei Jahren auf die Frage, welche Länder zu Europa gehörten und welche nicht. Während nach wie vor rund zwei Drittel der Befragten die Ansicht vertreten, Kroa-

14 Vgl. Petersen 2004, S. 303.

15 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 7089.

16 Ebenda.

tien sei ein europäisches Land, ist die Zahl derer, die dasselbe über Russland und die Türkei sagen, seit 2003 deutlich zurückgegangen (siehe Grafik 2).



So hat es den Anschein, als fördere die Entfremdung vom Islam, die wegen der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aktuell zu den Zweifeln am Integrationsprozess beiträgt, auf lange Sicht jenes europäische Identitätsgefühl, das die Voraussetzung für weitere Fortschritte der europäischen Einigung ist. Problematisch ist dabei, dass dies anscheinend weniger aus innerer Überzeugung von der Richtigkeit der Europäischen Einigung geschieht als aus einem Abwehrreflex heraus. Damit verliert die europäische Integration den Charakter eines allein auf friedlichen Motiven beruhenden Zusammenschlusses, der sich nicht gegen Dritte richtet. Es erscheint lohnend zu überlegen, wie es gelingen kann, diese gleichsam kalte Reaktion der Bevölkerung in eine warmherzigere, von mehr innerer Überzeugung getragene Bewegung zu überführen. Die Grundvoraussetzungen dafür sind zumindest in Deutschland nicht ganz schlecht. Auf die jede Aktualität vermeidende Frage „Würden Sie sagen, dass Sie alles in allem Europa lieben, oder würden Sie das nicht sagen?“ antworten noch immer 52% der Deutschen: „Ich liebe Europa.“

Weiterführende Literatur

- Thomas Petersen: Die öffentliche Meinung, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2003/2004. Baden-Baden: Nomos 2004, S. 299-304.
- Thomas Petersen: Die öffentliche Meinung, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2005. Baden-Baden: Nomos 2005, S. 293-298.